

Wider das ritualisierte Gedenken

Vor 75 Jahren wurde das Vernichtungslager Auschwitz befreit. In Osteuropa gibt es noch mehr Orte der Vernichtung, die Teil des Gedenkens werden sollten | Von Andrea Löw

Am 27. Januar 1945, also vor genau 75 Jahren, befreite die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Etwa 1,1 Millionen Juden hatten die Nationalsozialisten aus ganz Europa dorthin deportiert, die meisten von ihnen direkt nach ihrer Ankunft in den Gaskammern ermordet. Auch Sinti und Roma, sowjetische Kriegsgefangene sowie nichtjüdische Häftlinge aus verschiedenen Ländern, allen voran Polen, litten und starben dort. Nach dem Krieg wurde Auschwitz zum Inbegriff der Verbrechen der Nationalsozialisten, und so erscheint es folgerichtig, dass der Tag der Befreiung dieses Konzentrations- und Vernichtungslagers zunächst 1996 bundesweit zum gesetzlich verankerten Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus und dann 2005 durch die Vereinten Nationen zum internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt wurde.

Vor Ort im polnischen Oświęcim leistet das Museum Auschwitz-Birkenau Großartiges in Sachen Erinnerungs- und Gedenkarbeit und konnte für 2019 einen Besucherrekord vermelden: Mehr als 2,3 Millionen Menschen besuchten die Gedenkstätte im vergangenen Jahr. Zum 75. Jahrestag der Befreiung startete das Museum eine Twitterkampagne mit dem Ziel, bis zum Jahrestag eine Million Follower zu gewinnen. Jeden Tag werden auf diesem Social-Media-Kanal Fotos mit Kurzbiografien der Ermordeten gepostet, und die Einzelschicksale erreichen Tausende.

Die hohe Opferzahl herunterzubrechen und diese Biografien zu erzählen, ist ein guter Weg, um zu gedenken und die Erinnerung an die deutschen Verbrechen, aber auch an die Verfolgten wachzuhalten. In Auschwitz und andernorts wurden Menschen ermordet, keine abstrakten Zahlen. Deutsche und manche ihrer Helfer ermordeten Frauen und Männer, Mädchen und Jungen, die Träume und Ziele hatten, die liebten und geliebt wurden. Dieser vielen einzelnen Individuen gedenken wir am 27. Januar. Ihre Geschichten sollten an die Stelle eines ritualisierten Gedenkens treten, mit dem gerade junge Menschen nicht mehr viel anfangen können.



Wider das ritualisierte Gedenken: Mehr als 2,3 Millionen Menschen besuchten die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im vergangenen Jahr.

Die Erinnerung wachhalten – das wollen auch die Verfolgten, das war ihr großes Anliegen. Salmen Gradowski war im Sonderkommando von Auschwitz-Birkenau. Er war gezwungen, gleichsam im Zentrum dieser Hölle zu arbeiten: Die Mitglieder des Sonderkommandos waren selbst Häftlinge und mussten die Opfer zu den Gaskammern begleiten und sie nach der Ermordung in den Krematorien verbrennen. Einige von ihnen schrieben darüber in allen Einzelheiten und vergruben ihre Aufzeichnungen, wohl wissend, dass sie selbst sehr bald ermordet werden würden. Salmen Gradowskis Aufzeichnungen, die kürzlich erstmals vollständig in deutscher Übersetzung erschienen sind, beschreiben geradezu unerträglich detailliert die grauenhaften Verbrechen. Gradowski bittet den zukünftigen Finder seiner Schriften, diesen ein Bild seiner Familie und die Namen der Ermordeten hinzuzufügen, „damit vielleicht, wer sie ansieht, eine Träne vergießt, einen Seufzer tut. Das wird für mich der größte Trost dafür sein, dass meine Mutter, mein Vater, meine Schwestern, meine Frau, meine Familie und vielleicht auch meine Brüder einfach so, ohne

eine Träne von irgendwem, aus der Welt verschwunden sind. Möge ihr Name und Andenken nicht so schnell ausgelöscht werden!“

Unzählige Menschen in Auschwitz und an vielen anderen Orten haben immer wieder in ihren Tagebüchern und Briefen den Wunsch formuliert, man möge sich ihrer und ihrer Liebsten erinnern. Dies war neben dem Bestreben, die monströsen Verbrechen zu dokumentieren, die wohl wichtigste Motivation zahlreicher einzelner Tagebuchschreiber und auch größerer Dokumentationsprojekte wie dem bekannten Untergrundarchiv des Warschauer Gettos.



ist stellvertretende Leiterin des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München. Mit Frank Bajohr gab sie 2015 den Band „Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung“ (S. Fischer) heraus.

Es ist gut und wichtig, dass wir am 27. Januar der Opfer von Auschwitz gedenken. Doch meint dieser Gedenktag ja auch all die anderen Opfer an den zahllosen Orten der Vernichtung, vor allem im besetzten Osteuropa. Mindestens 1,8, eher zwei Millionen Juden, vor allem aus Polen, aber auch aus anderen europäischen Ländern, ermordeten die Nationalsozialisten in Belzec, Sobibor und Treblinka, den Vernichtungsstätten der „Aktion Reinhardt“. Diese reinen Tötungsanstalten hatten insgesamt nur etwa 130 Überlebende. Es gab also kaum jemanden, der die Verbrechen hätte bezeugen und sich für die Erinnerung daran hätte einsetzen können. Hinzu kommt: Diese Orte, an denen der Massenmord durchgeführt wurde, sind recht schwer zu erreichen, außerdem haben sich dort keine großen Lagerkomplexe erhalten. Der Besucher muss sich im Wald auf Spurensuche begeben und findet vor allem Mahnmale aus verschiedenen Phasen der Nachkriegszeit vor, aber eben keine Baracken oder Fundamente von Gaskammern und Krematorien. Und so liegen diese Orte gleichsam außerhalb des Raders einer an den Schauplätzen deutscher Massenverbrechen interessierten Öffentlichkeit.

Je weiter wir den Blick nach Osten richten, desto weniger sind die Orte des Holocaust im Erinnerungsbewusstsein. Die Perspektive der historischen Forschung hingegen hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt nach Osteuropa verlagert, hin zu den zahlreichen Erschießungsstätten in den nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 neu eroberten Gebieten. Dort haben wir es nicht mehr mit fabrikmäßigem Töten in den Gaskammern zu tun, sondern mit Mordschützen, die in Massen Menschen erschossen. Doch was wissen wir hierzulande eigentlich von Orten wie Ponary (Paneriai) bei Vilnius im heutigen Litauen, wo deutsche Erschießungskommandos gemeinsam mit litauischen Helfern zwischen 1941 und 1944 über 100 000 Menschen erschossen? Oder von Maly Trostinec bei Minsk im heutigen Weißrussland, wo die Nationalsozialisten zwischen 1942 und 1944 bis zu 60 000 Menschen ermordeten? Zahlreiche Massengräber wurden, beispielsweise in der Ukraine, in den letzten Jahren erst lokalisiert, die Geschichte dieser Orte langsam erst erforscht. Sollten wir uns als Deutsche nicht viel stärker auch um diese vergessenen Orte des Holocaust bemühen?

Es gibt noch viel zu tun in der Erforschung des Holocaust und im Gedenken daran. Um die notwendige Konkretisierung dessen, woran wir am 27. Januar erinnern, bemühen sich Forscherinnen und Forscher in aller Welt, mitunter gegen erstarkenden politischen und gesellschaftlichen Widerstand. Wir müssen uns fragen, wie es gelingen kann, die Ergebnisse dieser internationalen Holocaustforschung stärker in eine breite Öffentlichkeit zu tragen. Die Lehre über den Holocaust an Universitäten, in Schulen und darüber hinaus ist heute wichtiger denn je. Erinnerung und Gedenken brauchen Inhalte. Immer weniger Zeitzeugen können heute von ihren Erfahrungen berichten, doch haben wir die Quellen dieser Menschen. Hören wir ihnen zu – und erfüllen den oftmals letzten, verzweifelten Wunsch der Opfer: nicht vergessen zu werden.

DIE KOLUMNE AM SONNTAG

Er selbst



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFES. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Kein Politiker aus Ostdeutschland – nicht einmal Angela Merkel – hat eine solche Karriere gemacht – voller Wendungen und abseits der gewöhnlichen Pfade der Politik. In Rostock wuchs er auf. Sein Vater wurde Anfang der 1950er-Jahre von der DDR-Staatsicherheit verschleppt. Er studierte Theologie und wurde – den Menschen zugeneigt – Pfarrer. Ein guter, ein sehr guter Prediger war er. Ein gewisses Maß an Eitelkeit war ihm zu eigen. Eigentlich könnte er „die Laudatio auf sich am allerbesten selbst halten“, sagte Merkel, als sie, da schon Bundeskanzlerin, zu seinem 70. Geburtstag sprach.

Ein DDR-Oppositioneller im engeren Sinne war er nicht, natürlich auch kein Mitläufer. In den späten 1980er-Jahren organisierte er Kirchentage; auch Helmut Schmidt, den ehemaligen Bundeskanzler, gewann er als Redner. Nach dem Fall der Mauer wurde er Mitglied im „Neuen Forum“ und seither „Bürgerrechtler“ genannt, was aber nicht alle aus der DDR-Opposition guthießen. Im März 1990, bei den ersten freien Wahlen in der DDR, wurde er Mitglied der Volkskammer, den Grünen nahe und fern zugleich. Er kümmerte sich um die Aufarbeitung der Akten der DDR-Staatsicherheit. Nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 gehörte er zu den Mitgliedern der Volkskammer, die nach Bonn entsandt wurden. Einen Tag lang war er Mitglied des Bundestags – so kurz wie keiner sonst, weil ihn Helmut Kohl zum Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde machte, die bald seinen Namen trug. 2000 schied er aus, schrieb Bücher, hielt Vorträge und hatte auch eine TV-Sendung. Zehn Jahre später wurde er von SPD und Grünen für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen. Erst im dritten Wahlgang verlor er gegen den CDU-Kandidaten Wulff, wurde aber so etwas wie der Bundespräsident der Herzen. Nach Wulffs Rücktritt 2012 wurde er abermals nominiert – ursprünglich gegen Merkels Willen, weil sie zwei Ostdeutsche an der Spitze des Staates für zu viel hielt und glaubte, er sei in Sachen Staatsführung nicht erfahren genug. Doch die Kanzlerin fügte sich. Als er sich am Karnevals Sonntag 2012 aus dem Ausland kommend ins Regierungsviertel bringen ließ, sagte er dem Taxifahrer: „Sie fahren den künftigen Bundespräsidenten.“ Volksnah, gelassen und würdig repräsentierte er das Land, unabhängig von Parteien und Regierung. Doch trat er nicht als ihr Chefkritiker auf. Am kommenden Freitag wird Joachim Gauck 80 Jahre alt.

Zeit, das falsche Denken zu verlernen

Rechte Ideologie lebt von dumpfen Geschlechtsbildern, die im Kern menschenfeindlich sind | Von Anne Wizorek

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dritter Geschlechtseintrag, Ehe für alle – in einer Zeit, in der sich Geschlechterrollen weiter wandeln, unsere tatsächliche Geschlechtervielfalt immer sichtbarer wird oder auch andere Familienmodelle neben „Vater-Mutter-Kind“ häufiger vorkommen, entsteht bei einigen Menschen Unsicherheit und damit der Drang, ausschließlich am Bekannten festzuhalten und alles andere zu verteufeln.

Die rechtspopulistische Ideologie bietet dort eine vermeintliche Sicherheit. Sie sieht eine klare Geschlechterordnung vor, in der Frauen wie Männer jeweils bereits bekannte Rollen einnehmen, während Menschen anderer Geschlechter erst gar nicht existieren. In dieser Hierarchie werden Männer ausschließlich als „harte Kerle“ der Öffentlichkeit zugeordnet, und Frauen sorgen für den Nachwuchs der Nation – indem sie ihn kriegen und daheim betreuen. Diese Geschlechterrollen

nehmen eine zentrale Stellung ein, damit rechte Ideologie überhaupt funktionieren kann. Sie sind Mittel zum Zweck, wobei sie auch immer abhängig von der sozialen und nationalen Zugehörigkeit sowie der Hautfarbe sind. Man erinnere nur an das AfD-Wahlplakat, auf dem eine hochschwangere weiße Frau lächelnd zu sehen war und es hieß: „Neue Deutsche? Machen wir selber!“

Bereits errungene Frauenrechte allzu offen anzugreifen, wäre allerdings nicht opportun, da es potenzielle neue Anhängerinnen und Anhänger verschrecken könnte. Studien zeigen, dass dieser Kampf von Rechts deshalb vor allem auch über den Begriff „Gender“ passiert. Der Begriff wird dann mit Verschwörungstheorien rund um eine angebliche „Homolobby“, „Sprachtotitarismus“ oder „Frühsexualisierung“ aufgeladen und komplett verzerrt, um eine gesellschaftliche Panikmache zu erwirken. Tatsächlich wird mit

Hetze gegen „die Gender-Ideologie“ die rechte Ideologie normalisiert und grundlegende Menschenrechte weiter angegriffen. Gender fungiert dort quasi als symbolischer „Klebstoff“, um auch an andere politische Lager anzudocken. Dort kann das Ganze schließlich hängenbleiben, weil in unserer Gesellschaft bereits antifeministische und rassistische Ressentiments vorhanden sind.

Frauen und Genderthemen sind ein fester Bestandteil rechter Ideologie und Parteiprogramme, allerdings immer als Bestandteil der Äußerungen über Ge-



ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

flüchtete und den Islam. Deshalb bewegen sich rechtspopulistische Akteurinnen und Akteure meist unter dem Deckmantel, angeblich für Frauenrechte zu sein, instrumentalisieren das Thema aber nur für eine rassistische und queerfeindliche Agenda.

Diese Anschlussfähigkeit lässt sich aktuell zum Beispiel in Österreich beobachten. Dort ist das Frauenministerium der neuen Regierung unter einem Dach mit dem Integrationsministerium gelandet. Das Thema Gewalt gegen Frauen wird nun stets im Integrationskontext verhandelt, statt es für sich allein ernst zu nehmen. Bundeskanzler Sebastian Kurz von der bürgerlich-konservativen ÖVP gibt vor, auf diese Weise etwas für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu tun, während er faktisch rassistische Vorurteile zementiert und eine „Machokultur“ nur bei eingewanderten Männern sieht.

Es muss uns allen klar sein: Niemand ist ganz und gar immun gegen diskriminierendes Denken. Tatsächlich sind wir alle davon geprägt. Damit ist auch niemand vollständig immun gegen Rechtspopulismus. Doch wir dürfen nicht wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen, sondern müssen die uns gegebenen Analysewerkzeuge nutzen. Oft hilft es schon, einen kleinen Schritt zurückzugehen, die eigenen Vorurteile zu hinterfragen und zu überlegen: Geht es in einem Fall wirklich um Menschenrechte oder sollen vielmehr Ressentiments dagegen geschürt werden?

Die gute Nachricht ist außerdem, dass auch sexistisches, rassistisches, antisemitisches oder queerfeindliches Denken Stück für Stück verlernt werden kann. Dazu sollten wir alle uns mit Herz und Verstand verpflichtet fühlen. Denn am Ende dieser Auseinandersetzungen steht eine Gesellschaft, in der es uns allen gut gehen darf – statt nur ein paar wenigen auf Kosten aller anderen.